

4
78

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Januar 1978

Regierung in der Defensive

Die erste Runde der diesjährigen Parlamentsarbeit ging klar an die Opposition. Wie zahlreiche andere Zeitungen stellte „Die Welt“ nach der Debatte über die Regierungserklärung fest: „Dies war nicht der Tag des Bundeskanzlers, es war der Tag des Oppositionsführers.“

Helmut Kohl im Deutschen Bundestag: Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß Sie inzwischen längst einer Minderheitenregierung vorstehen. Auf Existenzfragen unserer Gesellschaft im Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Steuer-, Energie- und Bildungspolitik — wo auch immer — liefert der immer mächtiger werdende linke Flügel der Koalition die Antworten von gestern und vorgestern. Sie sind ein Gefangener dieses linken Flügels geworden. Er allein diktiert Ihren Handlungsspielraum. So lautet am Ende Ihres Regierungsjahres das traurige Testat: Stillstand der Regierungstätigkeit. Die Leidtragenden sind die Bürger in unserem Lande.

Wir werden Ihnen in diesem Jahr hier im Hause und bei den Wahlen, die anstehen, Gelegenheit geben, dem Bürger die volle Wahrheit zu sagen. Wir sehen diesem Urteil mit großem Ernst, aber auch mit großer Gelassenheit entgegen. Wir werden unsere Pflicht tun.

■ BUNDESTAG

Die Antwort von Helmut Kohl auf die Rede des Bundeskanzlers Seite 2

■ HAUSHALT 1978

So stimmte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Seite 6
Übersicht über die Ausgaben in den einzelnen Etatpositionen Seite 7

■ BRESCHNEW

Brief an den Kanzler ist eine unverschämte Einmischung Moskaus Seite 8

■ WAHLEN

Schleswig-Holsteins CDU für den Kommunalwahlkampf gerüstet Seite 11

■ SPORT

Bei Förderung soll Eigenleistung der Vereine stärker berücksichtigt werden Seite 13

■ ÖA

Mitgliederwerbung — eine permanente Aufgabe der CDU-Verbände. rosa Teil

■ CDU-Extra

Heiner Geißler: Diese Bundesregierung ist verbraucht gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Ehe und Familie bleiben der Mittelpunkt / Ergebnis einer Meinungsumfrage grüner Teil

■ REGIERUNGSERKLÄRUNG

Die Antwort von Helmut Kohl an den Bundeskanzler

Diese Regierungserklärung zeigt einen erschreckenden Mangel an Einsatz und Phantasie, erklärte Helmut Kohl in der Debatte des Deutschen Bundestages. Der Oppositionsführer führte u. a. aus:

Der Sinn einer Regierungserklärung ist doch ganz gewiß, daß die Regierung den Bürgern unseres Landes Rechenschaft legt, daß sie die Wege weist für die Zukunft, daß sie Antwort gibt auf drängende, bedrückende Fragen. Antwort auf die Probleme unseres Landes und Antwort darauf, wie es weitergehen soll.

Wer diese Regierungserklärung hörte, der fragt: Was tut der Bundeskanzler eigentlich wirklich gegen die andauernde Arbeitslosigkeit? Eine Million Arbeitslose und ihre Familien warten auf die Politik. Was tut der Bundeskanzler zur Sicherung der Renten? Neun Millionen Rentner warten auf die Politik. Was tut der Bundeskanzler wirklich zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus?

Alle Bürger der Bundesrepublik warten auf die Politik. Vor allem auch auf den persönlichen Mut, endlich das Notwendige zu tun. Der Bundeskanzler verweigert die Antwort!

Der Bundeskanzler sprach vom Rückschlag in der Deutschlandpolitik. Was tut er dagegen? Nichts. Wer die Regierungsmannschaft sieht — nicht wenige haben Angst vor dem „blauen Brief“ zum nächsten Ersten. Man verspürt wenig Grund zu mehr Freude, zu mehr Fröhlichkeit und gelassener Zuversicht . . .

Ein Wort zur Deutschland- und Ostpolitik: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist in eine kritische Phase eingetreten. Die Ursachen liegen sicherlich auch im Verhalten des SED-Regimes begründet. Aber diese Ursachen sind auch in der Politik der Bundesregierung zu finden. Und in diesem Punkt stimme ich Herrn Wehner ausnahmslos zu, wenn er der eigenen Regierung — und damit dem Kanzler — Mangel an Phantasie und Einsatz in den Handhabungen der abgeschlossenen Ost-Verträge vorwirft.

Diese Regierung hat Verträge abgeschlossen, die wesentliche Vorleistungen der deutschen Vertragsseite enthalten. Die Gegenleistungen der anderen Seite, der östlichen Vertragspartner, sind fast ausschließlich in Form von Absichtserklärungen erfolgt. Und diese Absichtserklärungen sind für uns deshalb so wichtig, weil gerade sie auf die menschlichen Erleichterungen abheben, die ja im Mittelpunkt jeder Deutschlandpolitik stehen müssen.

Mit Recht muß deshalb von der Regierung erwartet werden, daß sie mit ihren Verträgen Politik macht, daß sie Phantasie und Einsatz entwickelt, um von den

Vertragspartnern im Osten endlich die Einlösung der Absichtserklärungen und weitere Schritte zur Normalisierung und Regelungen der Beziehungen zu erreichen.

Es ist doch ein Armutszeugnis für die Regierung, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD nach Ost-Berlin, nach Moskau und jetzt nach Prag reist, um nach seinen eigenen Worten den Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen zu erzielen, indem er an Ort und Stelle und auch hier in der Bundesrepublik die Bundesregierung wegen ihrer Untätigkeit, ihres fehlenden Einsatzwillens in der Deutschland- und Ostpolitik kritisiert. Dies trägt doch alles nicht zur Überzeugungskraft und zur Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik bei.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten traten 1969 ihr Regierungsbündnis in Bonn mit dem Anspruch an, das moderne Deutschland zu schaffen. Das neue Jahrzehnt wurde zum Jahrzehnt der Reformen erklärt. Nur noch zwei Jahre fehlen an diesem Jahrzehnt, und es darf heute schon der Versuch einer ersten Bilanz gemacht werden, so wie es der Bundeskanzler auch in seiner Neujahrsansprache vor einigen Tagen getan hat. Die Bilanz ist wenig imponierend:

„Gründe zum Triumph haben wir nicht. Der Staat kann nicht alles zugleich schaffen, finanzielle Mittel für alles aufbringen. Was für die Zukunft erstrebenswert ist: die Teuerungsrate gering halten, die Währung stabil halten, Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen, das System der sozialen Sicherheit garantieren und schließlich die Konjunktur in die Höhe bringen.“

Das ist alles richtig, was hier gesagt wurde. Nur, warum ist das nicht im September 1976 gesagt worden, als vor der Wahl in der Bundesrepublik Deutschland jedem alles versprochen wurde?

Nach beinahe neun Jahren Regierungszeit der Koalition ist das genau und exakt der Berg von Problemen, in den diese Regierung uns geführt hat. Die Koalition und nicht zuletzt der Bundeskanzler selbst erweisen sich als unfähig, Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Dynamik, wie sie früher sehr wohl in den Jahren von 1949 bis 1969 erreichbar waren, zu erhalten. Arbeitslosigkeit, unzureichendes Wachstum und zunehmende bürokratische Stolpersteine für die Wirtschaft, gewaltige Finanzierungslücken in dem System unserer sozialen Sicherheit, ein nie zuvor gekannter Schuldenberg: Das sind die Markierungen ihres Weges; das kennzeichnet letztlich das Scheitern der Politik dieser Bundesregierung.

Wenn man nur einmal die amtlichen Behauptungen aus drei Jahren miteinander vergleicht, so kann man sehen, in welch ungeheuerlicher Weise die Bundesregierung das deutsche Volk hinteres Licht geführt hat.

Im Jahreswirtschaftsbericht 1975 wurde die Arbeitslosigkeit als ein jahreszeitliches und kurzfristiges konjunkturelles Problem beschrieben, das innerhalb eines Jahres auf ein zuträgliches Maß zurückgeführt werden sollte. Im Jahreswirtschaftsbericht 1976 beschrieben Sie die Arbeitslosigkeit, die nicht als eine mittel- oder längerfristige Erscheinung hingenommen werden sollte. Im Jahreswirtschaftsbericht 1977 aber ist die Bundesregierung bei dem Erkenntnisstand angelangt, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur in einer längeren Zeitspanne zu verwirklichen sei.

Und in der heutigen Regierungserklärung spricht Helmut Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — jener Partei,

die von sich behauptet, sie vertrete vor allem die Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft —, mit nahezu keinem ernsthaften Wort von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Ich kann Graf Lambsdorff (FDP), der kürzlich sagte: „Die Koalition aus SPD und FDP hat an Glaubwürdigkeit nichts mehr zu bieten, weil sie kaum noch welche hat“, nur zustimmen.

Das, was der jungen Generation in der Wehrpflichtnovelle an Diskussion gebracht wurde, ist das genaue Gegenteil von Opferbereitschaft für das eigene Land. Eine Gesellschaft, die von ihren Mitgliedern Loyalität, Engagement, Leistung und mitmenschliche Solidarität und Friedfertigkeit erwartet, darf nicht die radikalste, negativste Systemkritik als intellektuelle Leistung preisen. Die Freiheit zur politischen Kritik ist nicht gleichbedeutend mit dem Recht, als Kritiker selbst von jeder Kritik freigesprochen zu werden.

Dies alles gehört in den Jahresbericht des Bundeskanzlers. Er selbst hat es nicht angesprochen, weil er es nicht hat ansprechen dürfen. Er kann es nicht wagen, das alles so zu sagen, was er in Wirklichkeit so sieht, weil er dann im Bundestag keine Mehrheit mehr hätte.

Und das hat ja System in diesem Jahr: Da gab es einen Ministerpräsidenten, der eine Minute nach Schließung der Wahllokale von seinem Amt zurücktrat. Da gab es die hinterhältigsten und heimtückischsten Verdächtigungen gegen eine Partei und ihren Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, in der Lockheed-Affäre, obwohl man schon damals wußte, daß diese ganze Sache nur wahltaktisches Manöver war.

Da gab es die Verschleuderung von Millionen DM von Steuergeldern zu Propagandazwecken. Dafür wurde der Bundeskanzler vom Bundesverfassungsgericht in einer ungewöhnlich harten Weise zur Ordnung gerufen.

Da gab es die Verschleppung eines anderen Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, weil der Bundeskanzler — wie es dann auch eintrat — berechtigte Furcht hatte, daß dieses höchste deutsche Gericht ihm ganz persönliche Verstöße gegen die Verfassung im Blick auf seine Ausgabenpolitik nachweisen konnte.

Da wurde der größte Spionageskandal der Nachkriegszeit bewußt verschleiert, weil man nicht ertragen konnte, daß der Wähler die Wahrheit erfährt. Glaubt der Bundeskanzler ernsthaft, daß nach all dem die Glaubwürdigkeit seiner Politik gewachsen ist?

In der Frage der Steuerreform hielt Helmut Kohl dem Bundeskanzler vor: Es gehört schon viel Unverfrorenheit dazu, wenn Sie hierherkommen und sich der Steuerentlastung rühmen. In der entscheidenden Sitzung des Vermittlungsausschusses haben vier Fünftel der anwesenden sozialdemokratischen Parteimitglieder aus Bund und Ländern gegen die Vorlage gestimmt. Nur mit Hilfe der CDU/CSU-geführten Länder, der Stimmen der CDU/CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der FDP-Kollegen war es überhaupt möglich, dieses kleine Stückchen Vernunft wirtschaftlicher Entwicklung zustande zu bringen.

Zur Rentenfrage erklärt Helmut Kohl: Die Verschleppung der Rentensanierung rächt sich jetzt bitter. Heute werden unter Fachleuten die Defizite der 80er Jahre in diesem Bereich mindestens in 20-Milliarden-DM-Höhe genannt. Herr Bundeskanz-

ler, so geht man nicht mit neun Millionen Rentnern um, auf deren Stimmen Sie angewiesen waren; und ohne einen Teil dieser Stimmen würden Sie niemals auf diesem Stuhl sitzen.

Wir haben im Frühsommer des vergangenen Jahres detaillierte Vorschläge zur Sanierung der zerrütteten Rentenfinanzierung vorgelegt, weil wir es für unerträglich hielten, daß die Fundamente unserer staatlichen und sozialen Stabilität, auf die ja nicht nur die Millionen Rentner, sondern auch jeder von uns, jeder aus der mittleren und jüngeren Generation, seine Zukunft baut, immer mehr ausgehöhlt werden. Sie sind untätig geblieben. Sie wußten alles besser. Und jetzt sind Sie am Ende.

Zum Terrorismus sagte der Oppositionsführer: Wir alle waren uns damals darin einig, daß dieser freiheitliche Rechtsstaat mit dem Terrorismus fertig werden kann, daß er die Herausforderung zurückschlagen muß, daß er nicht erpreßbar werden darf. Wir waren uns auch einig, daß alle in einem Rechtsstaat zulässigen administrativen und gesetzgeberischen Mittel eingesetzt werden müssen, um diesem schrecklichen Spuk ein Ende zu machen. Nur unter dieser Voraussetzung war und ist das Opfer von Hanns Martin Schleyer moralisch zu rechtfertigen. Untätigkeit — aus welchen Gründen auch immer — nimmt diesem Opfer jeden Sinn und unserem Tun, unserem Mittragen die moralische Rechtfertigung.

Wer jetzt noch zögert — nach all dem, was wir erlebt haben, und nach dem, was wir möglicherweise noch erleben werden — unseren Rechtsstaat wehrhaft zu machen, der verwirkt das Recht, von einem oder von vielen Bürgern Opfer zu verlangen, etwa dann, wenn erneut der Versuch unternommen wird, unseren Staat zu erpressen.

Es ist völlig unerträglich, daß wir nach diesen Erfahrungen mit bloßem Stückwerk auf den Terrorismus antworten. Es ist unerträglich, wenn die Entschlossenheit zum Handeln an den Gräbern der Opfer immer wieder in Worten zum Ausdruck kommt, daß aber Handeln ausbleibt. Trauerreden haben wir genug gehört.

Niemand in diesem Hause würde seine Hand reichen, rechtsstaatlich fragwürdige oder gar unzulässige Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus vorzuschlagen oder zu beschließen. Aber es ist doch bisher nicht in einem einzigen Fall überhaupt ein solcher Vorschlag gemacht worden. Weder ein einzelner noch die Summe der in diesem Hohen Hause zur Terrorismusbekämpfung eingebrachten Vorschläge tastet die Substanz unserer Verfassung an.

Jeder dieser Vorschläge hat Vorbilder in anderen Ländern, in moralisch unantastbaren Demokratien. Im Blick auf die besonders umstrittenen Punkte — Verteidigerausschluß, Verteidigerüberwachung — wurde doch bei der Ausarbeitung des Bundesjustizministeriums vor Wochen und Monaten ausdrücklich auf diese moralische Grundlage hingewiesen. Dennoch ist seit dem Tode Hanns Martin Schleyers nichts geschehen.

Heute vor 86 Tagen haben wir ihn zu Grabe getragen. Seine Familie, seine Freunde blicken uns fragend an, stellen Fragen. Dabei liegen doch die Vorschläge seit langem auf dem Tisch. Ich habe nie erklärt, daß die Vorschläge der CDU/CSU allein letzte Weisheit seien. Wir haben unsere Kompromißbereitschaft immer wieder erklärt. Das alles wurde unter den Tisch gewischt.

■ BUNDESHAUSHALT 1978

So stimmte die CDU/CSU-Fraktion

Einzelplan Nr.	Abstimmung
01 — Bundespräsident	Ja
02 — Bundestag	Ja
03 — Bundesrat	Ja
04 — Bundeskanzler	Nein
Namentliche Abstimmung CDU/CSU: 236, SPD/FDP: 253	
05 — Auswärtiges Amt	Nein
06 — Inneres	Nein
07 — Justiz	Nein
08 — Finanzen	Nein
09 — Wirtschaft	Nein
10 — Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Nein
11 — Arbeit und Sozialordnung	Nein
12 — Verkehr	Nein
13 — Post und Fernmeldewesen	Nein
14 — Verteidigung	Nein
15 — Jugend, Familie, Gesundheit	Nein
19 — Bundesverfassungsgericht	Ja
20 — Bundesrechnungshof	Ja
23 — Wirtschaftliche Zusammenarbeit	Nein
25 — Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	Nein
27 — Innerdeutsche Beziehungen	Nein
30 — Forschung und Technologie	Nein
31 — Bildung und Wissenschaft	Nein
32 — Bundesschuldenamt	Nein
33 — Bundesversorgungsamt	Ja
35 — Verteidigungslasten	Ja
36 — Zivile Verteidigung	Nein
60 — Allgemeine Finanzverwaltung	Nein

Übersicht

der Ausgaben im Haushaltsjahr 1978 nach Einzelplänen

Einzelplan	Regierungs-	Nach	Veränderung	
	entwurf	Beratungen im Haushalts- ausschuß	gegenüber 1977	
	in Tsd. DM	in Tsd. DM	in Tsd. DM	
01 — Bundespräsidialamt	12 756	14 458	+	2 296
02 — Bundestag	286 296	295 358	+	17 219
03 — Bundesrat	8 697	8 810	—	23
04 — Bundeskanzleramt	337 450	350 879	+	27 569
05 — Auswärtiges Amt	1 549 325	1 596 604	+	162 111
06 — Inneres	2 953 432	3 116 188	+	595 030
07 — Justiz	291 834	314 959	+	27 365
08 — Finanzen	2 693 138	2 907 901	+	407 884
09 — Wirtschaft	3 566 958	3 579 712	+	524 689
10 — Ernährung	6 177 692	6 158 940	+	462 379
11 — Arbeit	43 251 668	43 150 381	+	4 722 214
12 — Verkehr	24 635 977	24 698 811	+	3 106 984
13 — Post- und Fernmeldewesen	5 152	5 156	+	4
14 — Verteidigung	34 275 000	35 000 101	+	2 133 436
15 — Jugend, Familie und Gesundheit	16 096 033	16 122 954	+	1 484 304
19 — Bundesverfassungsgericht	10 338	10 338	+	1 247
20 — Bundesrechnungshof	30 500	31 457	+	844
23 — Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3 917 853	3 989 743	+	771 816
25 — Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4 226 690	4 232 566	+	379 672
27 — Innerdeutsche Beziehungen	442 760	446 577	+	42 749
30 — Forschung und Technologie	4 835 318	4 914 168	+	705 532
31 — Bildung und Wissenschaft	4 261 032	4 260 970	+	439 402
32 — Bundesschuld	11 605 319	11 533 465	+	1 802 042
33 — Versorgung	7 659 582	8 110 282	+	192 486
35 — Verteidigungslasten	1 064 158	1 085 158	+	111 920
36 — Zivile Verteidigung	619 291	655 359	+	103 348
60 — Allgemeine Finanzverwaltung	13 820 751	12 049 705	—	889 169
Gesamtsumme	188 635 000	188 641 000	+	17 335 350

■ NEUTRONENWAFFE

Unverschämte Einmischung Breschnews

Die Kampagne der UdSSR gegen die Neutronenwaffe hat mit dem Schreiben von Breschnew an Bundeskanzler Schmidt und andere westliche Regierungschefs einen neuen Höhepunkt erreicht, stellt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Wörner, fest. Es ist der bisher massivste Versuch Moskaus, den Westen, und besonders die Bundesrepublik Deutschland, in Fragen ihrer Bewaffnung unter Druck zu setzen.

Nicht genug, daß Moskau seine eigene beträchtliche militärische Überlegenheit gegenüber den freien Staaten Europas pausenlos weiter ausbaut — nun versucht es auch noch, den Westen propagandistisch-psychologisch zu entwaffnen. Wie unverfroren diese Kampagne ist, wird deutlich, wenn man weiß, daß die UdSSR weit grausamere Waffen als die Neutronenwaffe in ihren Arsenalen hat und ständig an deren Verbesserung arbeitet.

Der ganze Vorgang ist ein Lehrstück psychologischer Kampfführung. Die Verantwortung, daß es überhaupt zu einer solchen unerhörten Einmischung Moskaus kommen konnte, tragen Politiker wie Bahr und Brandt mit ihrer Verunsicherungskampagne, trägt die SPD mit ihren Parteitagsbeschlüssen und tragen Bundeskanzler Schmidt und Bundesverteidigungsminister Leber mit ihrem doppelzüngigen und schwanken-

den Verhalten, das jeder Vorstellung von entschlossener Führung Hohn spricht. Sie haben Moskau erst eigentlich die Ansatzpunkte für seine Kampagne geliefert. Wieder einmal wird deutlich, daß die Sowjetunion Schwächen unbarmherzig nützt und nicht etwa Nachgiebigkeit mit Zurückhaltung belohnt.

Die Neutronenwaffe ist eine defensive Waffe. Sie ist — wie die Bundesregierung im Verteidigungsausschuß durch ihre Vertreter eindeutig wissen ließ — zur Sicherung des Gleichgewichts, zur Stabilisierung des Friedens und zum verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung erforderlich. Wie wirksam diese Waffe zur Abschreckung der sowjetischen Panzermassen wäre, macht die sowjetische Reaktion deutlich.

Wie heuchlerisch die sowjetische Kampagne ist, mag ein Vergleich zeigen: Die Raketen vom Typ SS 20, die gegenwärtig von der Sowjetunion produziert und gegen Westeuropa in Stellung gebracht werden, tragen je drei Atomsprenghöpfe, die zusammen 90mal so stark sind wie die Bombe von Hiroshima. Die Neutronenwaffe dagegen hat nur einen Bruchteil der Sprengkraft der Hiroshimabombe. Anstatt den Versuch zu machen, den Westen einzuschüchtern, sollte die Sowjetunion endlich ihre massive Aufrüstung einstellen und sich zu einer gegenseitigen Abrüstung bereit finden.

Wenn der Westen diesem erpresserischem Druck weicht, betritt er eine schiefe Bahn, auf der es kein Halten mehr gibt. Dann steht die nächste Kampagne gegen die nächste Verteidigungswaffe mit Sicherheit ins Haus. Wir können und dürfen Herrn Breschnew nicht ein Mitbestimmungsrecht über unsere Verteidigung und die Art, wie wir sie führen wollen, einräumen.

■ KOALITION

Behinderung des Volksbegehrens

Der Düsseldorfer CDU-Oppositionsführer Heinrich Köppler hat der SPD die Veröffentlichung einer Dokumentation über Behinderung des Volksbegehrens gegen die kooperative Schule angedroht.

„Falls sich das demokratische Verantwortungsbewußtsein in SPD-Amtsstuben nicht doch noch durchsetzt“, werde die Dokumentation über die sorgfältig erfaßten Behinderungsfälle in wenigen Tagen vorgelegt, sagte Köppler. „Offensichtlich wollen örtliche SPD-Funktionäre das Volksbegehren durch Bürokraten-Tricks unterlaufen.“ So sollen in Wuppertal für 400 000 Einwohner nur acht Eintragungsstellen eingerichtet werden. In einem Bezirk mit 70 000 Einwohnern der Landeshauptstadt Düsseldorf werden die Listen nur in einem Büroraum im dritten Stock zur Unterschrift ausgelegt. Die Öffnungszeiten aller Düsseldorfer Abstimmungslokale erlauben Berufstätigen praktisch nur Donnerstag abends oder an den Wochenenden die Eintragung für das Volksbegehren. Vor allem im Ruhrgebiet werden viele ähnliche Fälle gemeldet.

Kühn nur noch pro forma im Amt

Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist spätestens seit Dienstag vergangener Woche nur noch pro forma im Amt. Der Ausdruck „Agonie“ wäre Schönefärberei. Lediglich die Angst, das Bonner Regierungsbündnis mit in den Strudel zu reißen und die Furcht vor unkontrollierbaren Auswirkungen auf das bevorstehende Volksbegehren ge-

gen die kooperative Schule (16. Februar bis 1. März) gewähren Heinz Kühn eine letzte Gnadenfrist, stellt Heinrich Köppler, Vorsitzender des CDU-Landespräsidiums Nordrhein-Westfalen fest. Hinzu kommt, daß die SPD in der Nachfolgefrage heillos zerstritten ist.

Die nordrhein-westfälische CDU wird nicht zulassen, daß sich die Regierung Kühn aus der politischen Verantwortung für das Landesbank-Debakel davonestiehlt. Ministerpräsident Heinz Kühn wird sich darauf einstellen müssen, daß er bis zu seinem endgültigen Rücktritt mit unangenehmen Fragen konfrontiert bleibt. Der Ministerpräsident wird die Öffentlichkeit nicht mehr länger mit Wortspielen abspeisen können.

FDP rügt linken SPD-Flügel

Der wiedergewählte schleswig-holsteinische FDP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende, Uwe Ronneburger, hat in Timmendorf auf dem Landeskongreß der Freien Demokraten die SPD des nördlichsten Bundeslandes wegen ihrer Dauerkritik an der Bundesregierung gerügt. „Es entspricht nicht unserer Überzeugung, wenn die SPD unseres Landes sich nur links von ihrer Bundespartei wohl zu fühlen vermag und dabei offenbar aus dem Auge verliert, daß diese Bundes-SPD in Bonn an einer Koalition beteiligt ist.“

Zwist um Terror

Der SPD-Landesverband Bremen hatte alle Parteigliederungen zu einem von ihnen veranstalteten Seminar zu Fragen der inneren Sicherheit und der Terroristenbekämpfung für den 24./25. Februar in den „Revierpark“ in Oberhausen eingeladen, wo der SPD-Rechtsexperte Hugo Brandt über den Stand der Gesetze zur Terroristenbekämpfung re-

ferien und der Parteilinke Manfred Coppik seine Zweifel an der geplanten Anti-Terror-Gesetzgebung vortragen sollte. Jetzt forderte der Parteivorstand telegraphisch alle SPD-Landesvorstände und -bezirke auf, die Bremer Einladung „als gegenstandslos zu betrachten“, weil — so die Begründung — ein Parteigremium auf dem Gebiet eines anderen Landesvorstandes keine Veranstaltungen abhalten könne.

Ausfälle der Judos

Auf einer Landesdelegiertenkonferenz in Malente weigerten sich die Judos, eine Entschließung zurückzunehmen, in der der Verleger Axel Springer und der Unionspolitiker Franz Josef Strauß sowie Helmut Kohl als „Schlächter der Demokratie“ bezeichnet worden waren. Außerdem wurde die Einsetzung des Russell-Tribunals gefordert, um „mögliche Verletzungen der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu untersuchen“. Auf Druck der FDP-Spitze hin „bedauerte“ der Judovorstand lediglich die Formulierung „Schlächter der Demokratie“.

Differenzen über Konzertierte Aktion

Kritik haben maßgebliche Kreise der Freien Demokraten an „Tendenzen“ beim Koalitionspartner SPD geübt, bei einer möglichen Neuaufnahme der Konzertierten Aktion bestimmte Gruppen auszuschließen und die Veranstaltung zu einer Begegnung von DGB und Arbeitgebern zu machen. Zwar sei auch die FDP für eine Verkleinerung der Teilnehmerzahl, doch soll der FDP-Vorsitzende, Außenminister Genscher, keinen Zweifel daran gelassen haben, daß er mit einer „Monopolisierung“ der Konzertierten Aktion durch wenige Großverbände nicht einverstanden sei.

Der DGB-Vorsitzende, Heinz-Oskar Vetter, hatte seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, mit den Arbeitgebern über deren Mitbestimmungsklage zu reden und unter Umständen wieder in die Konzertierte Aktion zurückzukehren. Allerdings hält es Vetter für geboten, die Diskussionsrunde „drastisch zu verkleinern“.

SPD nicht mehr wählbar

Die Fritz-Erler-Gesellschaft hat die Wähler in Schleswig-Holstein aufgefordert, der SPD bei den Kommunalwahlen im nördlichsten Bundesland am 5. März die Stimme zu verweigern. Die Gesellschaft war ursprünglich von rechtsstehenden Sozialdemokraten gegründet worden. Führende Repräsentanten der Gesellschaft sind inzwischen jedoch aus der SPD ausgeschlossen worden. In einer auf einer Vorstandssitzung der Gesellschaft in Travemünde gefaßten Entschließung heißt es, die SPD in Schleswig-Holstein sei bereits die „links-sozialistische Partei, die Jochen Steffen fordert“. Wer langjährige Gewerkschaftsführer verunglimpfte und Kommunisten als „Mitkämpfer“ respektiere, wer Abgeordneten durch „Gewissenszwang“ die Freiheit nehme und den demokratischen Gegner verteufile, könne nicht die Stimmen des mündigen Bürgers erhalten.

„Arbeiterpartei“ SPD

Der Heizungsbauer Karl Schnabel ist der einzige Arbeiter der 15 nordhessischen SPD-Direktkandidaten für die Landtagswahl in Hessen. Die „Arbeiterpartei“ SPD in Nordhessen stellte als Direktbewerber auf: 3 Mitglieder des Landeskabinetts, 8 Beamte (darunter 3 Lehrer — 1 Oberstudienreferent, 1 Studienrat, 1 Konrektor), 1 Rechtsanwalt, 1 Bautechniker, 1 Hausfrau und eben den einen Arbeiter mit Feigenblattfunktion.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Kommunalwahlkampf beginnt

Für gut 12 000 schleswig-holsteinische CDU-Kandidaten beginnt in diesen Tagen der Endspurt um die Gunst des Wählers, der am 5. März über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen und Kreistage im nördlichen Bundesland entscheiden wird. In Elmshorn eröffnete der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes.

Dazu stellt Volker Koop, Sprecher der CDU Schleswig-Holstein fest: Die Ausgangsposition für die Union ist günstig. Mit 53,1 Prozent der Stimmen hatte sie vor vier Jahren einen überraschenden Sieg erringen können, in Kiel und Flensburg die relative Mehrheit, in Lübeck und Neumünster gar die absolute. Darüber hinaus gibt es in Schleswig-Holstein nicht einen Kreistag, in dem die CDU nicht die stärkste Fraktion stellte, während die Landes-SPD sich 1974 mit etwa 35 Prozent der Stimmen bescheiden mußte. Ziel der Union ist es, das 74er Ergebnis zu halten, das heißt, erneut rund 4 500 der insgesamt 8 000 zu vergebenden Sitze in den kommunalen Gremien zu erkämpfen.

Dabei kann die Union in ihrer Erfolgsbilanz der zurückliegenden Jahre auf einen konsequenten Ausbau der freiheitlichen Selbstverwaltung verweisen, der trotz großer wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten erreicht wurde. Für die Zukunft hat Gerhard Stoltenberg die Ziele klar umrissen:

- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen;
- Ausbau der sozialen Einrichtungen;
- Verwirklichung des Krankenhausbauprogrammes;
- Verbesserung der Unterrichtssituation;
- Steigerung der Sportförderung.

Mit diesem Programm geht die CDU Schleswig-Holstein in einen Wahlkampf, dem der politische Gegner nur wenig entgegenzusetzen hat. Unter der politischen und geistigen Führung ihres Landesvorsitzenden Jansen hat sich die SPD des Landes in eine selbstgewählte Isolation hineinmanövriert, nicht nur innerhalb Schleswig-Holsteins, sondern insbesondere auch innerhalb der Bundes-SPD selbst.

Ähnliches gilt für die schleswig-holsteinische FDP, die zwar nur allzugern auf ihr liberales Aushängeschild, den Landesvorsitzenden Ronneburger verweist, doch in ihrer Politik täglich demonstriert, daß sie nicht gewillt ist, sich aus ihrer totalen Abhängigkeit von der SPD zu lösen.

So gehen denn die inzwischen fast 36 000 Mitglieder der über 700 schleswig-holsteinischen CDU-Ortsverbände mit einem begründeten Optimismus in das Rennen um die Wählergunst, wohlwissend, daß diese Kommunalwahlen für die Bundespolitik keinen „Testcharakter“ besitzen werden.

Der Ausgang der Kommunalwahlen wird auch eine entscheidende Bedeutung für die Vorbereitung der Landtagswahlen haben, die ein Jahr später anstehen.

■ FAMILIE

Neue Gesetze schmälern das Elternrecht

Jugend- und Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland laufen Gefahr, sich immer stärker dem Verfassungsgebot zu entziehen. Nach Artikel 6 Grundgesetz stehen „Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“

In Artikel 5 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen heißt es: „Ehe und Familie werden als Grundlagen der menschlichen Gesellschaft anerkannt. Sie stehen unter dem besonderen Schutz des Landes. Die Mutterschaft und die kinderreiche Familie haben Anspruch auf besondere Fürsorge. Die der Familie gewidmete Hausarbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet.“

Dazu stellt der Bundestagsabgeordnete Hermann Kroll-Schlüter fest: Wenn die CDU/CSU immer wieder auf dieses Verfassungsgebot hinweist und die politische Verantwortung zum Schutze von Ehe und Familien anspricht, so ist dies in deren Verunsicherung und Gefährdung begündet: Durch fehlende materielle Unterstützung, durch einseitige pädagogische Experimente in der Bildungspolitik und durch sogenannte „emanzipatorische Reformen“ wird die Bejahung von Ehe und Familie im Bewußtsein des Volkes eher geschwächt als gefördert.

In den Perspektiven zum Bundesjugendplan der Bundesregierung heißt es: „Die gesellschaftliche Realität in der Bundesrepublik bedarf der Kritik auch in grundsätzlichen Fragen und der demokratischen Fortentwicklung“. An anderer Stelle: „Die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik hat durch Erziehung und Bildung einen Beitrag zu einer Emanzipation des einzelnen zu leisten.“ Was darunter zu verstehen ist, kommt in den bisherigen Perspektiven zum Bundesjugendplan zum Ausdruck, wo es u. a. heißt, daß Kinder und Jugendliche von der „pädagogischen Fremdherrschaft“ traditioneller Erziehungs- und Bildungsinstanzen zu „befreien“ seien. Hiermit dürfte auch die Familie gemeint sein.

Verhängnisvolle Entwicklung

Eine richtungweisende Tendenz zeigt besonders der Gesetzentwurf von SPD und FDP zur „Reform der elterlichen Sorge“, der die vorrangige Erziehungspflicht der Eltern antastet und ein staatliches Eingreifen in die Familien ermöglicht, „wenn das Wohl des Kindes in Frage steht“.

Eine entsprechende Regelung sieht auch der neue Entwurf des Jugendhilferechts vor. Hier wird den Kindern und Jugendlichen ein einseitiges Antrags- und Forderungsrecht eingeräumt, ohne ihnen Pflichten gegenüber Eltern und Familien aufzuerlegen. Es besteht die Gefahr, daß nach der praktizierten bildungspolitischen Gegnerschaft, der sogenannten Konfliktstrategie, nun auch eine familienpolitische Gegnerschaft eingeleitet wird; es wäre verhängnisvoll, wenn diese Entwicklung im Sinne von SPD und FDP als „gesellschaftspolitischer Fortschritt“ gewertet würde.

(Vergl. auch Dokumentation)

SPORTFÖRDERUNG

Eigenleistung der Vereine soll stärker berücksichtigt werden

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat jetzt „Rahmen-Richtlinien zur kommunalen Sportförderung“ verabschiedet. Die Leitlinien gehen auf das CDU-Sportprogramm vom 23. September 1974 zurück. Sie sollen den Mandatsträgern in den Kommunalparlamenten als Handreichung dienen. Darüber hinaus können sie den örtlichen Vereinen Informationen über die Grundsätze der CDU-Sportpolitik und deren Umsetzung in praktisches Handeln geben.

Wir wissen, daß angesichts der schwierigen Situation in den öffentlichen Haushalten diese Rahmen-Leitlinie nur schrittweise und unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten verwirklicht werden können, stellt der Vorsitzende des Ausschusses MdB Wolfgang Schäuble fest. Sie bieten darüber hinaus eine Chance, die Förderung des Sports und vor allem der ihn maßgeblich tragenden Vereine aus dem Unverbindlichen zu lösen und einer Kommunalisierung des Sports entgegenzuwirken. Wir empfehlen daher die Erstellung kommunaler Sportpläne, die sich teilen in die Bereiche

- Sportförderplan,
- Sportstättenleitplan.

Im Sportförderplan sollte die Gemeinde die Schwerpunkte ihrer Förderung durch Benennung bestimmter Projekte setzen (Beihilfen zu den Entgelten für

qualifiziert ausgebildete Übungs-, Organisations- und Jugendleiter, Geräteausrüstung, Teilbereiche des Breiten- und des Leistungssports). Einer solchen, die Eigenleistungen berücksichtigenden Förderung, ist auf jeden Fall der Vorzug vor einer Pauschalförderung (Gießkannenprinzip) zu geben.

Eine Kernforderung im Sportförderplan ist die kostenlose Bereitstellung aller Sportanlagen in öffentlicher Trägerschaft für den Lehr- und Wettkampfbetrieb der gemeinnützigen Turn- und Sportvereine. Die Kostenfreiheit soll sich auch auf die zur Sportausübung notwendigen Nebenbereiche (Licht, Gas, Wasser) erstrecken. Dies gilt auch für die Überlassung der Sportanlagen in schulfreien Zeiten an die Vereine.

Durch die Erstellung von Sportstättenplänen soll langfristig die Ausübung des Sports in seinen verschiedensten Erscheinungsformen und Zielsetzungen ermöglicht und gesichert werden. Balungszonen soll kein Vorrang vor Rand- oder Flächenregionen gegeben werden.

Nach unserer Auffassung sind die Sportorganisationen bei der Erstellung dieser Leitpläne zu beteiligen.

Im Bereich des Sportstättenbaus sind Bauvorhaben der Vereine nach den gleichen Maßstäben zu fördern wie öffentliche Sportbauten. Es ist sicherzustellen, daß Sportanlagen erstellt werden, die zum zweckfreien Sporttreiben anregen und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbereichen gelegen sind.

■ INFORMATION

EVP-Kongreß im März

Der erste Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) nach der Gründung der EVP im April 1976 wird, wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bekanntgab, am 6. und 7. März 1978 in Brüssel stattfinden. Die EVP wird als Partei an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Ihr Ziel ist der Aufbau einer Europäischen Förderaktion und die Fortsetzung der gemeinsamen christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament sowie die Verwirklichung einer einheitlichen Politik der CD-Parteien.

Der Generalsekretär teilte weiter mit, daß voraussichtlich im April oder Mai dieses Jahres die Europäische Demokratische Union (EDU) ins Leben gerufen werde, die eine Arbeitsgemeinschaft von Christlich-Demokratischen, Konservativen und allen anderen Parteien sein soll, die sich mit den Zielen der Europäischen Demokratischen Union identifizieren können.

Europäische Konvention gegen Terrorismus

Der Bundestag hat einstimmig das Ratifikationsgesetz zur europäischen Konvention über die Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Nach Schweden und Österreich ist die Bundesrepublik damit das dritte Land, das unter den 20 Mitgliedsländern des Europarates dieser Übereinkunft zugestimmt hat. Sie schränkt die Möglichkeit ein, die Auslieferung von Personen, die terroristische Straftaten begangen haben, allein mit der Begründung zu verweigern, sie hätten aus politischen Beweggrün-

den gehandelt. Sie müssen dann in dem Land, in das sie geflohen sind, zumindest vor Gericht gestellt werden. Allerdings ist die Übereinkunft mit einer Klausel ausgestattet, die eine sofortige Kündigung möglich macht.

Frauen aktiv für Europa

Frauen aus allen christdemokratischen Parteien Europas nahmen an der 1. Generalversammlung der Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) teil, die vom 18. bis 20. Januar 1978 in Straßburg stattfand. Seit der Gründung der UCDF im November 1975 in Berlin sind die Benelux-Staaten Mitglied geworden; Irland beantragte jetzt die Aufnahme in die UCDF. Aufgabe christlich-demokratischer Frauen ist es, die Arbeit an besseren Lebensbedingungen für die Frau mit der Arbeit für die Einigung Europas zu verbinden. Diese Ziele sollen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), in der die UCDF Sitz und Stimme hat, und der Europäischen Volkspartei (EVP) durchgesetzt werden. Um in der EVP mitarbeiten zu können, wurde die Frauensektion der EVP auf dieser Generalversammlung gegründet. Die Schlußresolution der Generalversammlung fordert insbesondere Anerkennung des Wertes der Familie und der Bedeutung der Arbeit der Frau in der Familie. Entsprechende Regelungen in der sozialen Sicherung sollen es sowohl Mann wie Frau ermöglichen, ihren Familienaufgaben nachzukommen.

Das Nein zur Vermögensbeteiligung

Zu dem Beschluß der Bundesregierung, den Gesetzesantrag des Bundesrates zur betrieblichen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer abzulehnen, erklärte der eigentumspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elmar

Pieroth: „Anstatt den vermögenspolitisch konstruktiven Beitrag des Bundesrates aufzugreifen, der doch ganz auf der Linie von Ankündigungen, Versprechungen und Erklärungen führender Koalitionspolitiker liegt, schiebt man billige Vorwände vor, um die Zerrissenheit innerhalb der Koalition zu verdecken. Es ist immer das gleiche Spiel: Die Union entwickelt Vorstellungen und Initiativen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dann bekennen sich Koalitionspolitiker verbal zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Eigene konkrete Schritte oder Initiativen folgen jedoch nicht. Die konkreten Vorschläge der Union werden unter den verschiedensten fadenscheinigen Vorwänden abgelehnt. Vor den Wahlen werden diese Vorschläge der Union dann plötzlich aufgegriffen, als eigene Idee verkauft, und dem Wähler angepriesen. Kommt es dann zum Schwur, bleibt alles beim alten — es geschieht nichts.“

Solarenergie — Chance für mittlere Unternehmen

Anläßlich der Debatte des Deutschen Bundestages über den Antrag der CDU/CSU „Förderung der Solartechnik in der Bundesrepublik Deutschland“, erklärte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenzer, der Antrag der Union ergänze die bisherigen Erfahrungen und verlange die Gewährung einer Solarprämie durch den Staat. Gerade kleine und mittlere Unternehmen hätten eine große Aufgabe im Bereich der Nutzung der Solartechnik. Ein neuer Markt entstehe, der vor allem auch für mittlere Unternehmen neue Zukunftschancen eröffne. Deshalb fordere die CDU/CSU, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Nutzung der Solarenergie kleine und mitt-

lere Unternehmen vorrangig herangezogen werden.

Wieder einmal setzte sich Ertl nicht durch

Bundeslandwirtschaftsminister Ertl hat wiederum eine politische Schlappe einstecken müssen. Er und alle Länderagrarminister hatten sich im vergangenen Jahr darauf verständigt, daß vor allem für kleinere landwirtschaftliche Betriebe ab 1978 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstrukturverbesserung und Küstenschutz“ ein Agrarkreditprogramm durchgeführt werden sollte. Statt dieses auf die betrieblichen Notwendigkeiten kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe zugeschnittene Programm soll nun ein von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährter Kredit mit 6% Zinsen treten. Bei der derzeitigen Kreditmarktlage bringt das für kleinere landwirtschaftliche Betriebe kaum einen Vorteil. Da die Kredite ohne Einschaltung der sach- und fachkundigen Länderbehörden gewährt werden sollen, besteht die große Gefahr, daß Kredite nach dem Gießkannenprinzip und mehr nach Kreditsicherungsgründen vergeben werden. Außerdem erhalten nun relativ große landwirtschaftliche Betriebe über das einzelbetriebliche Förderungsprogramm angemessene Investitionshilfen, während der kleinere landwirtschaftliche Betrieb jetzt noch offenkundiger als bisher benachteiligt wird.

Auch die Hochschulstreiks bezahlt der Steuerzahler

Unsere Hochschulen kosten jeden Tag, ob dort gestreikt wird oder studiert, ob Sonntag oder Alltag ist, 42,5 Millionen Mark. Darauf hat der Präsident des Hochschulverbandes, Prof. Dr. Werner Poels, aufmerksam gemacht.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Erstarnte Macht

Eigentlich muß man sich wundern, woher der Kanzler die Gelassenheit nimmt, vor der Nation ein politisches Panorama zu entwickeln, das unter den Stichworten der Zuversicht und eines ungebrochenen Vertrauens in die Kraft dieser Regierung steht. Denn die Umstände sind nicht günstig, unter denen die Koalition in ihr zweites Arbeitsjahr geht: fortdauernde Arbeitslosigkeit, verschärfte Rentenmisere, Rückschläge in der Deutschlandpolitik, das unbewältigte Problem des Terrorismus und dazu Spionage- und Abhöraffaires.

Badische Zeitung, 20. Januar 1978

Die Bundesregierung befindet sich zum Auftakt der diesjährigen Parlamentssaison in einer schlechteren Lage als die Opposition. Diese konzentrierte folglich ihren Angriff auf die Schwachstellen der Regierung, die gekennzeichnet sind durch Rückschläge in der Deutschlandpolitik, den Spionagefall im Verteidi-

gungsbereich, das Loch in den Rentenfianzen, das Tauziehen um die Antiterrogengesetze und durch die anhaltende Arbeitslosigkeit.

Neue Osnabrücker Zeitung, 20. Januar 1978

Doch Oppositionsführer Kohl zeigte sich nicht nur gewappnet, mit gleicher Münze heimzuzahlen, sondern zerstörte auch das Trugbild Schmidts über die deutsche Wirklichkeit — bis ins Detail hinein: Eine verfehlte Investitions- und Arbeitsmarktpolitik, die Verunsicherung im Bereich der Nutzung neuer Energien, die auf merkwürdige Weise gelähmte Reaktion der Bundesregierung auf die offenkundigen Vertragsbrüche der DDR, das bemühte Vertuschen von Regierungsverantwortung im Spionagefall Lutze und schließlich die Ohnmacht des Bundeskanzlers.

Rheinische Post, 10. Januar 1978

Keiner kann heute sagen, wie sich die Entladung des gewaltigen Konfliktstoffes am Ende auswirkt. Doch zweifellos wurde gestern klar, daß die Ausgangslage für die SPD/FDP-Koalition unter Schmidt und Genscher schlechter ist als für die CDU/CSU-Opposition unter Kohl und Strauß. **Weser-Kurier, 20. Januar 1978**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,- DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID